

Wohlfahrt

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erscheint an jedem Montag nachmittags. Die Haupt-Exemplare des Blattes berechnen sich auf 115.000 Mark, durch die Zeitungsverkäufe auf 1.500, in den jüdischen Gemeinden auf 1.500, in den katholischen auf 1.500, in den evangelischen auf 1.500, in den protestantischen auf 1.500, in den muslimischen auf 1.500, in den hinduistischen auf 1.500, in den buddhistischen auf 1.500, in den sikhistischen auf 1.500, in den jainistischen auf 1.500, in den anderen auf 1.500.

Geschäfts-Expedition: Halle a. S., Neue Dammstraße 14 und Große Dammstraße 17, Fernsprecher-Bürozentrale: Nummern 1140 und 1142. Geschäfts-Expedition: Halle a. S., Große Dammstraße 17, Fernsprecher-Bürozentrale: Nummern 1140 und 1142. Geschäfts-Expedition: Halle a. S., Große Dammstraße 17, Fernsprecher-Bürozentrale: Nummern 1140 und 1142.

Bankiers und Fraktionsführer beim Kanzler.

Der Jan'apfel der Devisenordnung / Die Haltung der Sozialdemokratie / Krise in der Krijo / Fajzistenämpfe in Italien / Neue Erhöhung der Güllertarife.

Die Stabilisierungsfrage.

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die Führer der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei sind heute vormittag um 11 Uhr zur Fortsetzung ihrer am gestrigen Abend unterbrochenen Besprechungen beim Reichskanzler erschienen. Dabei wurde den Parteiführern die Ergänzung zur Devisenordnung mitgeteilt, die dann heute nachmittag veröffentlicht werden soll. Geleitet waren von dem Reichskanzler Staatssekretär Hammer und Geheimrat Kemper als Vertreter der Finanz- und Handelswelt, Reichsbankpräsident Hanfmann, Franz von Mecklenburg, der Geschäftsinhaber der Deutscher Bankgesellschaft, Dr. George Emil von Staas (Deutsche Bank) und Direktor Müller von der Dresdener Bank verhandelt. Ausführlich herorgehoben zu werden verdient, daß der Spiritus rector der Devisenordnung in ihrer jetzigen Gestalt, Staatssekretär Hirsch im Reichswirtschaftsministerium, nicht anwendbar war. Die Regierung läßt in Anbetracht der Unannehmlichkeiten einer ganzen Reihe von hervorragenden internationalen Sachverständigen in Berlin, wie beispielsweise Keynes und Cassel, den Wunsch gehabt zu haben, in wichtigen wirtschaftlichen Fragen zunächst einmal die Auffassung einer Reihe von Führern des heimischen Wirtschaftslebens kennen zu lernen. Einmütig ist bekannt bei den Sachverständigen darüber, daß eine Heberwagung der Devisenwirtschaft von Staats wegen durchaus erforderlich sei. Durch eine entsprechende Gesetzgebung muß dafür gesorgt werden, daß die Entlassung von Devisen nur auf unbedingt lebensnotwendige Artikel beschränkt bleibe. Im Vordergrund der Besprechungen hat, soweit wir unterrichtet sind, die Frage des allgemeinen Reparationsproblems gestanden. Dabei ist mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht worden, daß Deutschland infolge der katastrophalen Wertenerwertung während der letzten Wochen, falls nicht ein Umschwung eintrete, in den nächsten Jahren gar nicht in der Lage sein würde, ein geordnetes Budget aufzustellen. Im Zusammenhang damit wurde auch der große Fraktionskonflikt einer Marktstabilisierung behandelt. Da die Regierung gerade in dieser Angelegenheit mit den in Berlin weilenden hervorragenden Finanzsachverständigen des Auslandes Konsultation zu nehmen gedenkt, was für sie notwendig, bevor die Aufstellung der tatsächlichen Wirtschaftsjahresrechnung zu lernen.

Die Währungskonferenz.

Berlin, 26. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Die bevorstehenden Beratungen der Reichsregierung mit den ausländischen Finanzsachverständigen werden sich voraussichtlich in der Form abspielen, daß die Reichsregierung die Ansicht der Herren einzeln anhöret und dann eine allgemeine Finanzkonferenz der ausländischen Sachverständigen sowie der Regierungsexperten veranstaltet wird. Reichsfinanzminister Dr. Hertog wird heute oder morgen aus Kijino nach Berlin zurückkehren. Einige der hervorragenden ausländischen Finanzsachverständigen, und zwar die Herren Professor V. H. Keynes (London), Professor William Carr (Sofien) und der Präsident der Bank von Holland, Willemina, die zu einer Konferenz über die Frage der Marktstabilisierung von der Reichsregierung nach Berlin eingeladen worden sind, sind bereits hier eingetroffen. Auch andere neutrale und alliierte Länder werden durch ihre besten Namen auf dieser Konferenz vertreten sein. Da einige von ihnen aber erst Mitte oder Ende nächster Woche in Berlin einreisen können, wird es noch einige Tage dauern, bis die Konferenz eröffnet werden kann. In den letzten Tagen hat auch die vom Reichswirtschaftsministerium eingeleitete Stabilisierungs-Kommission täglich Sitzungen abgehalten. In der gestrigen Sitzung erließen der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und mehrere längere Ausführungen über die Frage der inneren Währungsfrage.

Das Spiel um die Finanzkontrolle.

London, 26. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Nach der Art, in der hier über die Berliner Reize der Reparationskommission gesprochen wird, muß angenommen werden, daß die Kommission in ultimativer Form von der deutschen Regierung bestimmte finanzielle Maßnahmen verlangen werde. Sollte die deutsche Regierung diese Forderungen ablehnen, so wird abermals die Frage nach einem alliierten Kontrollen Deutschlands gestellt werden, deren Bejahung dann zur Annahme der französischen Vorschläge hinsichtlich einer alliierten Finanzkontrolle führen würde. Hierin hat man kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es sich bei der Berliner Reize der Krijo nur darum handelt, dem englischen Delegierten Stradon den Rückzug von seinem bisherigen Standpunkt zu erleichtern, indem an die deutsche Regierung Forderungen gestellt werden, die von vornherein als unannehmbar betrachtet werden können.

Auch in Berliner diplomatischen Kreisen ist man auf Grund vorwärtiger Nachrichten aus Paris der Überzeugung, daß die nach Berlin zu sendende Reparationskommission die deutsche Regierung bereits vor die Forderung einer Finanzkontrolle stellen wird. In der Reparationskommission in Paris soll nach heftigen Kämpfen der

französische Vorschlag einer Finanzkontrolle bereits grundsätzlich durchgegangen sein, und zwar betraf, daß man hinsichtlich der, sich über die Garantie, die im Reparationsvertrag enthalten sind, erst dann zu unterhalten, wenn eine Finanzkontrolle etabliert ist. Danach würde der kommende Aufenthalt der Reparationskommission in Berlin nur noch den Zweck haben, sich über die Möglichkeiten in dieser Finanzkontrolle mit der deutschen Regierung ins Einvernehmen zu legen, während von der deutschen Regierung einseitig verlangt wird, die Lasten der Finanzkontrolle hinzunehmen. Man glaubt darüber unterrichtet zu sein, daß Frankreich sich über die Voraussetzungen einer wirksamen Finanzkontrolle zu gewissen Zugeständnissen in der Frage der Zahlungsfristen und der Einziehung der Zinsen bereit sein würde, wenn unter der Bedingung, daß ihm in dieser Finanzkontrolle ein entgeltliches Ansehen überlassen wird, von Seiten der anderen Entente-Mächte zugestanden wird. In Berliner politischen Kreisen ist man über diesen Gang der Entwidlung außerordentlich beunruhigt, denn man glaubt, daß die französische Politik die in Berlin einzutretende Finanzkontrolle ebenfalls für ihre Zwecke ausnützen wird, wie die militärische Heberwagung der Reparationsfrage. Damit ist die Gefahr gegeben, daß die unter französischer Führung stehende Finanzkontrolle ebenso wie General Nollet Deutschlands guten Willen zur Erfüllung jeder Zeit bewahrt negiert und damit die Frage eventueller Entschädigungen der Bevölkerung Friedensvertrages, wie sie von anderer Entente-Mächte vorgeschlagen zu sein scheint, nach den Weisungen aus Paris hinauszieht.

Die Stundung der Ausgleichszahlung.

Schlaganweigungen ein Bürgerkrieg. Berlin, 26. Oktober. Das von den Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums mit einem Vertreter der alliierten Ausgleichsämter am 21. Oktober unterzeichnete Abkommen über die fünfjährige Regelung der Zahlungen im Ausgleichsverfahren hat im wesentlichen folgenden Inhalt: Deutschland ist bis zum 10. Juni 1923 von sämtlichen Zahlungen im Ausgleichsverfahren befreit. Zur Begleichung der noch ungetragenen deutschen Verbindlichkeiten, deren Umfang vorläufig im Wege des Kompromisses auf 24,2 Millionen Pfund Sterling geschätzt wird, verpflichtet sich die deutsche Regierung, Schlaganweigungen in Höhe dieses Gesamtbetrages auszustellen, die vom 10. Juni 1923 an bis zum 10. Oktober 1928 in monatlichen Raten von 300 000 Pfund allmählich bis auf 500 000 Pfund ansteigenden Teilbeträgen fällig sind. Eine Bürgschaft für die Schlaganweigungen oder eine anderweitige Garantie ist nicht vorgesehen. Das Abkommen soll zunächst der Reparationskommission mitgeteilt werden. Für den Fall eines Einverständnisses ist eine Frist von sechs Wochen für die Ratifikation durch die beteiligten Regierungen vorgesehen. Ob deutschseits ratifiziert werden kann, wird davon abhängen, ob die Regelung der Reparationsfragen die Möglichkeit einer Erfüllung des Abkommens offen läßt.

Die Fajzistenparade.

16 Personen durch Schüsse verletzt. In Neapel hat die große Parade der Fajzisten begonnen. Ihr Hauptziel, Mussolini, vor dem sie in einem eine zweifelhafte Weise vorbereiteten, gelangte in seine Geburtsstadt bei einer Beteiligung an der Regierung die fünf wichtigsten Ministerpräsidenten.

Rom, 26. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einem Zusammenstoß der Bevölkerung und der Fajzisten in Neapel, die die Straßen räumen wollten, wurden 16 Personen durch Schüsse verletzt. Die Regierung ist nicht mehr in Rom, die Regierung ist hier in Neapel, der G. hat heute die Wahl, entweder den Fajzisten die Regierung zu überlassen, oder die Fajzisten würden die Regierung gemeinsam übernehmen und nach Rom fortziehen. Die Rede sollte neue Befehlsstürme aus. Darauf forderte Mussolini die Fajzisten auf, nach Rom zu gehen und in allen Teilen des Landes die am Ruder befindlichen Klassen zu erobern.

Der Ukraineraufstand in Sigalazien.

Wien, 26. Oktober. Nach Berichten aus Lemberg gewinnt die Aufstandsbewegung der Ukrainer gegen die wiedererrichteten Verträge Sigalazien, Sigalazien, dem der Friedensvertrag eine gewisse Selbstständigkeit zuerkannt zu antizipieren, an Ausdehnung. Der Aufstand breitet sich über die antiken Bezirke Polzka, Chortow und Stanislaw aus. Aus Lemberg, Przemyśl, Ararat und Lublin sind einige polnische Kavalleriebrigaden und Wachmannschaften nach Osten abgegangen. Gerüchten zufolge soll der Präsident polnisch als Diktator in Lemberg stehen. Bei Kozowa soll eine richtige Schlacht im Gange sein.

Erhöhung der Güllertarife um 50 Prozent.

Berlin, 25. Oktober. Durch die erhebliche Verschlechterung der Markt liegen bei der Reichsbahn die lädierten und persönlichen Ausgaben ungenügend. Die geltenden Eisenbahngütertarife werden deshalb zum 1. November um 50 Prozent erhöht. Die Tarifermäßigung für Karstoff und Holz bleibt bestehen.

Die Reize nach Berlin.

Zwei Stabilisierungs-Konferenzen. — Ein Rathenau fehlt.

In diesem Augenblick, da die Fiktion der Forderung aus dem Hals steigt und jeder das Gefühl hat, daß Deutschland in diesem Winter erkranken muß, scheint man endlich Ernst zu machen mit der Stabilisierung der Mark. Am nächsten Montag trifft die Reparationskommission in Berlin ein. Am Dienstag beginnen ihre Verhandlungen mit der deutschen Regierung. In der offiziellen französischen Verlautbarung über die Berliner Reize ist ausdrücklich gesagt, daß es sich um die Stabilisierung handelt. Die Kommission kommt natürlich nicht mit einem Geheiß nach Berlin, sondern sie erwartet, daß die deutsche Regierung sich den Maßnahmen unterwirft, die man zu treffen für gut findet. Innerhalb der Kommission ist unterdessen der Kampf der Meinungen weitergegangen. Auf Barthou's national-internationaler Denkschrift folgten neue englische Gegenvorschläge, und tatsächlich sollten die französischen Mitglieder der Kommission eingeleitet haben, daß ihre Projekte Fußarbeit darstellten und daß es immer noch besser ist, sich in Berlin zunächst dem System Bradburn anzuschließen. Der neue englische Ministerpräsident Bonar Law, der von dem Londoner Berichterstatter des Wall Street seine Meinung in Reparationsangelegenheiten befragt wurde, verlangt wie Bradburn auf jeden Fall eine strenge Finanzkontrolle über Deutschland. Die Finanzkontrolle wird also vermutlich bei den Berliner Beratungen an erster Stelle der Tagesordnung stehen, und es erhebt sich die ganze Frage: Ist die Reichsregierung auf diesen — Webersfall eingerichtet?

Reichskanzler Dr. Wirth ist in der kurzen Reichstagsagung, die nun wieder bis zum 7. November unterbrochen wurde, hart an einer schweren Krise vorbeigekommen. Die große Rede, die er halten wollte, unterließ, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß für diese Zurückhaltung nicht nur innerpolitische Gründe, sondern auch Rücksichten auf die mehr als je gespannte Außenlage maßgebend waren. Schließlich ist ja auch die unglückselige Devisenverwertung, über die man im Reichskanzler so gar nicht ruhig werden kann, untrennbar mit dem Marktstabilisierungsproblem verbunden, wie die von Barthou verlangten neuen Versicherungen der deutschen Kapitalflucht zeigen. Sodann hat der Reichskanzler mit seiner kurzen Erklärung, daß Deutschland auch die Sachleistungen einstellen müsse, in Paris geradezu in ein Wehnhorn gestochen. Sofort erklärte der Temps an leitender Stelle, nach den Untindigungen Wirths sei Deutschland entlassen, die Bedingungen, unter denen das Moratorium für 1922 benötigt wurde, nicht zu erfüllen. Ein Chor verstimmt französischer Letztartillerie stellt jetzt auch die Frage, was aus dem Stimmes-Laberfischen Versicherungsabkommen werden soll. Der Stimmes habe dem Senator versprochen, daß 6000 deutsche Zigarettenfabriken für den Wiederanbau Frankreichs arbeiten würden, sagen wir: 600 oder auch nur 300 Fabrikten, um die es sich handelt, so muß jetzt allerdings hier gestellt werden, wofür die Regierung die neue holländische Währung der Mark auf das Stabilisierungsproblem ab. Schon hat man allgemein, daß die Reize der deutschen Industrie in das Wieder-aufgebaute nicht stattfinden werden, weil sich zu viele Teilnehmer (mehr als 500 Personen) gemeldet hätten und weil mit „Zwischenfällen“ zu rechnen sei.

Hingukommt, daß aus dem Rheinland beunruhigende Nachrichten eintreffen, die französische Regierung plane ohne Zusammenarbeit mit den übrigen Befehlsgewaltigen einen weiteren Gewaltstreik gegen die Superneutralität Deutschlands durch abermalige Eröffnung einer Zollgrenze gegenüber dem unbesetzten Gebiete und durch Beschlagnahme der Steuerverwaltung. Alle diese Dinge müßten natürlich gleich am ersten Tage der Berliner Beratungen mit der Reparationskommission zur Sprache gebracht werden, sonst ist ein erpichtlicher Verlauf der Konferenz undenkbar. Ein wichtiger Schachzug, um den bilateralen Wünschen der Reparationskommission zu begegnen, ist allerdings getan: Es ist die Frage einer Stabilisierungs-Konferenz, über die Regierung Wirth hat sich um die diplomatische Wirkung dieses Schrittes gebracht, indem sie mitteilen ließ, die Gleichzeitigkeit der Zukunft. Man plane die Konferenz der Sachverständigen schon seit längerer Zeit und nur der Urlaub des Reichskanzlers und des Finanzministers habe die Einberufung verzögert. Welch peinliches Befehntnis in einer Zeit, wo jeder verlorenen Tag über Leben und Sterben Deutschlands entscheidet! Es fehlt eben die Diplomatie. Es fehlt ein deutscher Außenminister. Es fehlt der Kaiserliche Rathenau. Nur einem großen Talent, wie Rathenau es war, gelangte es vielfach, die beiden Stabilisierungs-Konferenzen, die in der nächsten Woche in Berlin zu tagen beginnen, an einen Beratungskreis zu bringen.

